

## Gegenwart und Zukunft der sozialen Altersvorsorge

Elisabeth Liefmann-Keil, deren besondere Stärke in einer seltenen Verbindung von Sozialpolitik und Nationalökonomie besteht und die mit ihrer „Ökonomischen Theorie der Sozialpolitik“ wirklich bahnbrechend gewirkt hat, legt ein Büchlein vor, worin sie vor allem zwei Fragen stellt, über die nachzudenken sich lohnt, um tiefer in die Wirkweise und in die Zusammenhänge einzudringen, in denen die Versorgung der Nicht-mehr-Erwerbstätigen steht<sup>1</sup>. Eine dieser Fragen bezieht sich auf das *Was*, die andere auf das *Wie*.

Was wollen wir den alt gewordenen Menschen sichern? An erster Stelle offenbar ein *Einkommen*. Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, ob es ein Individual-, d. i. je-Kopf-Einkommen, oder ein Haushalts- (Familien-)Einkommen sein soll, in das mehrere Personen sich teilen müssen. Diesen wichtigen Unterschied haben wir (auch an anderen Stellen) nicht genügend bedacht; mehr und mehr wird uns klar, daß wir den Alten ein ausreichendes Individual-(je-Kopf-)Einkommen sichern müssen. – Auch zwischen Brutto- und Netto-Einkommen haben wir nicht genügend unterschieden; so haben wir beispielsweise bei der sozialen Rentenversicherung eine Regelung getroffen, die beim Beitragszahler an das Bruttoeinkommen anknüpft, um den Beitrag zu bemessen, aus dem wir das Netto-Einkommen des Rentenempfängers bestreiten; was wir aber erreichen wollen, ist etwas anderes, nämlich ein bestimmtes, uns richtig erscheinendes Verhältnis herzustellen zwischen dem Verfügungseinkommen, das dem Beitragszahler nach Entrichtung seines Beitrags *bleibt*, und dem Verfügungseinkommen, das dem Rentenempfänger aus den umverteilten Beiträgen (und gegebenenfalls aus anderen Quellen wie Bundeszuschuß u. a. m.) *zufließt*. – Für die Rentenempfänger kommt es zudem nicht allein auf die nominelle Höhe ihres Einkommens an, sondern sehr gewichtig auch auf dessen reale Zusam-

mensetzung, d. i. auf die Möglichkeit, die dem Alter spezifischen Bedürfnisse zu decken. Hier spielt der Einfluß wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf das Preisgefüge (z. B. künstliche Hochhaltung des Butterpreises und der Lebensmittelpreise überhaupt) eine Rolle; von noch größerer Bedeutung sind die Maßnahmen oder Unterlassungen der *Infrastrukturpolitik* (Bereitstellung von Altersheimen, Krankenhäusern u. dgl.). Mit etwas mehr ökonomischem Sachverstand hätte man sich über viele dieser Fragen schon 1957 klar werden können und sollen.

Wie wollen wir die Sicherung durchführen? Nicht nur, weil wir güterwirtschaftlich immer nur vom laufenden Sozialprodukt leben, sondern auch noch aus einer Reihe anderer Gründe kommt nur das Umlageverfahren in Betracht. Darin, daß man 1957 noch Reste des Kapitaldeckungsverfahrens beibehielt und die Anpassung der Renten, anstatt sie der Entwicklung des Arbeitseinkommens so schnell wie technisch möglich auf dem Fuße folgen zu lassen, künstlich hinauszögerte, liegt die Ursache aller seither eingetretenen und heute sich zuspitzenden Schwierigkeiten. Da es sich güterwirtschaftlich um eine Umverteilung des laufenden Sozialprodukts handelt, entspricht nur die Finanzierung im Wege der Umlage der „Natur der Sache“; sie allein wirkt weder prozyklisch noch antizyklisch, sondern garantiert *konjunkturneutral*; sie allein ist auch *geldwertneutral*, soweit die Versorgung der Alten überhaupt geldwertneutral sein kann; insoweit als die Grenzneigung zum Konsum bei ihnen (mutmaßlich) höher ist als bei den Erwerbstätigen, wird ja der durch die Einkommensübertragung ermöglichten höheren Nachfrage der Rentner nach Verbrauchsgütern keine gleich hohe Einschränkung der Nachfrage seitens der Erwerbstätigen gegenüberstehen, m. a. W. die *bezwirkte* höhere Nachfrage der Rentenempfänger wird zu einem gewissen Teil *zusätzliche* Nachfrage sein, die als solche preisstigernd oder/und produktionsumlenkend wirkt; die Finanzierung als solche ist streng geldwertneutral.

<sup>1</sup> Elisabeth Liefmann-Keil, Gegenwart und Zukunft der sozialen Altersvorsorge. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1967. 209 S. Kart. 14,80.

Nicht nur ökonomisch bedeutsam sind Elisabeth Liefmann-Keils Überlegungen, ob der Mensch in einem bestimmten Alter zur Untätigkeit gezwungen sein soll oder ein allmählicher Übergang und eine gewisse Wahlfreiheit ermöglicht werden könnte; hier sollten kluge Sozialpolitiker sich etwas einfallen lassen. – Als Nationalökonom bewertet Liefmann-Keil auch die *Freizeit* als Verbrauchs- oder Genußgut; so faßt sie auch die Frage ins Auge, ob und zutreffendenfalls was den Rentenempfängern, deren Freizeit bereits 100 % beträgt und daher nicht mehr gesteigert werden kann, als Ausgleich geboten werden könne, wenn die Erwerbstätigen durch Arbeitsverkürzung mehr Freizeit erhalten. Selbstverständlich kann man einen solchen Ausgleich bieten, indem man das in Geld bestehende Verfügungseinkommen der Rentenempfänger im Gleichschritt mit dem erhöht, was die Erwerbstätigen mehr an Freizeit erhalten. Ein Bedürfnis nach einem solchen Ausgleich vermag ich allerdings nicht anzuerkennen; in meinen Augen ist das übertriebener Perfektionismus.

Zum Schluß noch ein Problem, mit dem unsere Politiker sich herumquälen oder richtiger, das sie vor sich herschieben, ohne zu erkennen, daß es *unlösbar* ist. Kann man der von 1970 bis 1985 im Erwerbsleben stehenden Generation die Last ersparen, den für diese Jahre zu erwartenden „Rentenberg“ auf ihre Schultern zu nehmen, m. a. W. kann man diese Last auf mehrere Generationen verteilen? Wenn es wahr ist und wahr bleibt, daß wir immer nur vom laufenden Sozialprodukt leben, dann steht auch für den Zeitraum, in dem der Altersaufbau unserer Bevölkerung besonders ungünstig ist, nichts anderes zur Verfügung als das laufende Sozialprodukt dieser Jahre; nur dieses kann auf die Versorgung des erwerbstätigen, des noch-nicht und des nicht-mehr erwerbstätigen Bevölkerungsteils aufgeteilt werden. Daran läßt sich durch keine noch so ingeniöse Finanzierungstechnik etwas ändern. Soll das Verhältnis, in dem die Versorgung des erwerbstätigen und des nicht erwerbstätigen Bevölkerungsteils zueinander stehen, aufrechterhalten werden, dann müssen

die Erwerbstätigen in diesen Jahren eine höhere Quote des von ihnen geschaffenen Sozialprodukts an die Nicht-Erwerbstätigen abtreten. E. Liefmann-Keil ist viel zu klug, um sich darüber einer Täuschung hinzugeben. Aber damit ist es für sie nicht getan. Da ein Ausgleich in der Gegenwart nicht möglich ist, verlegt sie ihn in die Zukunft. Ein Ausgleich in der Zukunft kann aber in nichts anderem bestehen als in Ansprüchen irgendwelcher Art an die *nachfolgende* Generation (18, 177). Selbstverständlich lassen sich solche Ansprüche konstruieren; es fragt sich nur, ob es sinnvoll ist. Da sie erst in ferner Zukunft honoriert werden können, haben sie den abstrakten Vermögenscharakter vorerst nicht verwertbarer Sperrguthaben. Sollen sie, wie das bei Liefmann-Keil der Fall zu sein scheint, auch später den Charakter als Vermögen behalten, dann können deren Inhaber damit nichts anderes anfangen, als sie der schuldnerischen nachfolgenden Generation zu *vererben*, womit sie – makroökonomisch gesehen – durch Zusammentreffen von Anspruch und Verbindlichkeit in den gleichen Personen *erlöschen*. Sollen sie dagegen von den ins Rentenalter vorgerückten Inhabern in Einkommen umgesetzt und verbraucht werden, so kommt das auf dasselbe hinaus wie ein höheres Maß von Einkommensübertragung von den alsdann Erwerbstätigen auf die Rentenempfänger; die Auflösung dieser Vermögenstitel wäre (makroökonomisch) nichts anderes als eine verschleierte Form der Einkommensübertragung. Einer Nationalökonomin wie E. Liefmann-Keil braucht man das nicht zu sagen; um so notwendiger aber ist es, ihren sozialpolitisch interessierten, aber nationalökonomisch ungeschulten Lesern es zu sagen!

Lassen wir diese Dinge doch Sorge derer sein, die nach 1985 in der politischen Verantwortung stehen werden! Es gibt andere Dinge in Menge, die man nicht früh genug planen und in Angriff nehmen kann; hier dagegen bedarf es keiner heute schon zu treffender Vorkehrungen; im Gegenteil, es besteht die Gefahr, daß wir durch Maßnahmen, die wir heute in unserem vorsorglichen Eifer tref-

fen, nur die Entschlußfreiheit derer, die nach uns kommen, in schädlicher Weise blockieren. Insoweit möchte mir scheinen, auch hier habe E. Liefmann-Keil sich vom Perfektionismus verführen lassen. Anstatt auf Ausgleich für die Generation zu sinnen, die den „Rentenberg“ auf ihre Schultern nehmen muß, sollten wir mutig an deren *Gewissen* appellieren. Je

klarer und unmißverständlicher wir ihr sagen, daß sie am Tragen dieser Last so und so nicht vorbeikommt, um so entschiedener und überzeugender können wir den moralischen Appell an sie richten.

Um die Zukunft der sozialen Altersvorsorge braucht uns nicht bange zu sein!

Oswald v. Nell-Breuning SJ

## Hermeneutik in Norwegen

Auf Grund einer für Skandinavien ungewöhnlichen Abhandlung hat die Philosophische Fakultät der Universität Oslo dem jungen Norweger Knut Hanneborg am 16. Juni 1967 die Dozentenbefähigung zuerkannt. Der Titel seines Buches verrät nichts: *The Study of Literature – A Contribution to the Phenomenology of the Humane Sciences* (Universitetsforlaget, Oslo 1967, 299 S.). Aber hier ist ein junger Forscher Aug in Aug mit der Sache zu Erkenntnissen gelangt, die zwar für kontinental-europäisches Denken nicht neu sind, die aber nördlich des Belt noch aus dem Rahmen dessen fallen, was gilt. Eine literaturwissenschaftliche Prinzipienbesinnung hat nämlich Knut Hanneborg auf den hermeneutischen Zirkel geführt. Das ist ein Stück Überwindung des in Skandinavien immer noch zählbaren Positivismus.

Hanneborgs Werk trägt gewiß das noch Tastende einer ersten Findung an sich. Oft wagt es der junge Entdecker noch nicht, deutlich zu sagen, was ihm doch schon geistiger Besitz ist. Aber er weiß wirklich, daß bei jeder Textdeutung, ja schon bei jeder Phänomenbeschreibung Voraussetzungen mit im Spiel sind, die so in die Deutung oder in die Beschreibung eingehen, daß sie als Teile des Phänomens selbst erscheinen. Es ist hier nicht der Ort, nach einem Kriterium für eine dennoch erreichbare Objektstreue zu fragen und damit das Problem selbst anzugehen. Hier soll nur darauf hingewiesen werden, daß ein Wissenschaftler aus einem geographischen Raum, wo der Traum von der Voraussetzungslosigkeit heute noch weitergeträumt wird, von seinem eigenen Ausgangspunkt her zu einer

Erkenntnis gefunden hat, die von weit mehr als theoretischer Bedeutung ist.

Ausgelöst wurde seine Denkbewegung dadurch, daß er, von der exaktwissenschaftlichen Grundlagenforschung der letzten Jahrzehnte beeindruckt, für die Literaturwissenschaft das Bedürfnis nach einer analogen Grundlagenbesinnung empfand. Der Ariadnefaden für sein Denken bestand in seiner Idee, daß der lebendige Mensch auch in sachlichster Forschung etwas bedeuten müsse. Gewiß gibt es geistige Prozesse, die sich vom Menschen trennen lassen. Es gibt Denkaufgaben, die von Maschinen sicherer und schneller gelöst werden als von menschlichen Hirnen. Aber Knut Hanneborg hat sich in seiner Überzeugung nicht beirren lassen, daß es zum Wissen nicht nur der Logik, sondern auch der Leidenschaft bedarf und daß formalisierte Denkprozesse nur Sinn haben, wenn sie von einem ihnen transzendenten Ziel her beseelt werden – wenn sie also ein Stück Leben des lebendigen Menschen werden, eines Individuums oder einer Gruppe. Am Leitfaden seiner Grundüberzeugung nun fand er, daß die Verankerung des wissenschaftlichen wie jeden Erkenntnisvorgangs im lebendigen Menschen mehr besagt, als er selbst zunächst angenommen hatte. Es ist eben nicht nur so, daß die *logischen* Zusammenhänge einen Sitz im Leben brauchen. Auch der *Sachgehalt* des Denkens ist durch den denkenden Menschen mitbedingt. Der Mensch ist also mehr als bloßer Träger der in ihm geschehenden Bewegungen. Er ist in diesen selbst gegenwärtig, freilich – hier liegt das für jeden Positivistischen Unheimliche der Hanneborgschen Einsicht – nicht